



DIE KATHOLISCHE KIRCHE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

„VERSCHAFFT RECHT DEN UNTERDRÜCKTEN“ Psalm 82:3

- COMECE-ERKLÄRUNG ZU ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG IN EUROPA -

Rücksicht und Respekt für die ärmsten und schutzbedürftigen Personen in der Gesellschaft sind der wesentliche Maßstab für soziale Gerechtigkeit. Die Bischöfe der COMECE merken daher an, dass in der Europäische Union, die auf Basis von christlichen Werten gegründet wurde, noch nahezu ein Viertel der Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht ist. Vor diesem Hintergrund sehen wir es als unsere Pflicht an, uns für einen ganzheitlichen Ansatz in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einzusetzen. Nur eine enge Komplementarität der politischen Maßnahmen auf allen Ebenen kann die strukturellen Ursachen von Armut beseitigen und die ganzheitliche Entwicklung jedes Mitglieds in der Gesellschaft, einschließlich ihrer schwächsten, fördern.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat tiefe Spuren im europäischen Integrationsprozess hinterlassen. Die soziale und wirtschaftliche Divergenz der Mitgliedsstaaten hat uns im Glauben eines zusammenwachsenden Europas tief verunsichert. Die Ungleichheit der Einkommen wächst in den meisten Ländern und die Zahl der von Armut bedrohten Menschen ist von 116 Millionen Personen in 2008 auf 123 Millionen in 2012 gestiegen.¹ Obwohl die Zahlen seitdem leicht zurückgegangen sind, ist die Armutsgefährdung doch weiterhin in den Ländern gestiegen, die am schwersten von der Rezession betroffen sind. Das zeigt, dass die Ärmsten die Konsequenzen einer Krise tragen, die nicht auf sie zurückzuführen ist, sondern auf Spekulationen, Habgier und eine unzureichende Regulierung der Finanzmärkte.

Aus Sicht der Katholischen Soziallehre ist Armut zumeist Ergebnis von strukturellen Barrieren, die Menschen in ihren Möglichkeiten begrenzen und sie somit in ihrer persönlichen Entwicklung und Freiheit, in Würde zu leben, einschränken. Sie zeigt sich in vielfältiger Weise und lässt sich nicht allein auf einen Mangel an finanziellen Mitteln reduzieren, sondern bezieht sich auf alle Aspekte des Lebens, die persönliche Entwicklung hemmen. Dies schließt einen unzureichenden Zugang zu Bildung, Sozialdienstleistungen und Energie, aber auch die Folgen der Umweltzerstörung mit ein.

Armut in der Mitte unserer wohlhabenden Gesellschaften

Im heutigen Europa hat Armut viele Gesichter und ist infolge der Krise von der Peripherie in die Mitte unserer Gesellschaft gerückt.

1. **Kinder** sind heute die Altersgruppe, die am stärksten dem Armutsrisiko ausgesetzt ist.² Sie bleiben oft in der sozialen Schicht, in die sie geboren werden, und haben aufgrund eines eingeschränkten Zugangs zu Bildung begrenzte Möglichkeiten, sich selbst aus Armut zu befreien. In Zeiten sinkender Bevölkerungszahlen ist es daher nicht hinnehmbar, dass unsere Gesellschaft nicht angemessen die Erziehung von Kindern unterstützt, sondern vor allem kinderreiche Familien und Alleinerziehende, insbesondere Frauen, an der Grenze des Armutsrisikos leben lässt.
2. **Junge Menschen** sind von hoher Arbeitslosigkeit und schwierigen Wirtschaftsbedingungen betroffen. Laut Papst Franziskus sind sie die „Träger der Veränderung und des Wandels“³ in Europa. Jedoch müssen viele von ihnen zurzeit ihr Arbeitsleben in Unsicherheit und mit Frustration beginnen.

¹ Eurostat, *People at Risk of Poverty or Social Exclusion* (2016), <http://bit.ly/1B6nS7r>

² Ebd., *Children at Risk of Poverty or Social Exclusion* (2016), <http://bit.ly/2d0Oe7o>

³ Papst Franziskus, *Verleihung des Karlspreises – Ansprache von Papst Franziskus* (2016), <http://bit.ly/28Omumf>

3. Eine anhaltend hohe Zahl der EU-Bürger gehört zur Gruppe der **Langzeitarbeitslosen**, die mit Perspektivlosigkeit und mangelndem Selbstwertgefühl zurechtkommen müssen.
4. Arbeit schützt EU-Bürger nicht mehr vor Armut, da die Zahl der **in Armut lebenden Erwerbstätigen** und prekäre Beschäftigungsverhältnisse steigen. Eine wachsende Zahl von Menschen wird somit die faire und gerechte Vergütung ihrer Arbeit vorenthalten, die ihnen und ihrer Familie ein Leben in Würde garantiert.
5. **Soziale Gruppen, die Diskriminierungen** teils in mehrfacher Hinsicht erfahren, sind noch immer anhaltend von Armut gefährdet. Schutzbedürftige und ausgegrenzte Menschen, die in unserer Gemeinschaft Zuflucht suchen - wie beispielsweise Flüchtlinge und Asylsuchende -, aber auch Gruppen wie die Gemeinschaft der Sinti und Roma sind von Armut bedroht.

Ein ganzheitlicher Ansatz ist notwendig

Wir ermutigen die EU und ihre Mitgliedsstaaten, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den Kirchen **einen ganzheitlichen Ansatz in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in all ihren Formen** zu entwickeln.

In Einklang mit der SDG-Agenda der Vereinten Nationen⁴ und ihrem Hauptziel, Armut durch nachhaltige Entwicklung zu beseitigen, sollte dieser Ansatz **auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein, die Würde jedes Menschen respektieren und dessen ganzheitliche Entwicklung in der Gemeinschaft fördern**. Beruhend auf den kirchlichen Prinzipien der **vorrangigen Option für die Armen**⁵ und der **gemeinsamen Verantwortung, sich für das Leben unserer Nächsten einzusetzen**, sollte es die Schutzbedürftigsten in den Mittelpunkt der politischen Maßnahmen auf lokaler, nationaler und EU-Ebene setzen. Dies wird ermöglichen, dass niemand in seinem **moralischen Anspruch** auf eine uneingeschränkte Teilhabe in der Gesellschaft gehindert wird. Ebenso wird ein ganzheitliches Vorgehen helfen, dass jeder seiner **moralischen Verantwortung**, einen Beitrag für die gesellschaftliche Entwicklung zu leisten, gerecht wird.

Um dieses Ziel zu gewährleisten, können die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität helfen, die Rolle jedes einzelnen Akteurs in der EU zu bestimmen.⁶ Eine ausbalancierte Verknüpfung beider Prinzipien wird gewährleisten, dass Entscheidungen über Gesetze, politische Konzepte und Verteilung von Finanzmitteln auf der möglichst untersten, aber zugleich erforderlich höchsten Ebene getroffen werden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass in der verflochtenen Weltwirtschaft ein Nationalstaat allein nicht mehr imstande ist, die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu bewältigen. Da Unternehmen bereits über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, sollten nationale Regierungen zumindest auf europäischer Ebene in der Sozial-, Ordnungs- und Steuerpolitik kooperieren. Papst Franziskus fordert einen „*Übergang von einer „verflüssigten“ Wirtschaft zu einer sozialen Wirtschaft*“⁷ in Europa. Der Heilige Vater hebt ausdrücklich das Konzept der **sozialen Marktwirtschaft** hervor⁸, das als eine Zielbestimmung bereits in den EU-Verträgen verankert ist.⁹ Mit Bezug auf unsere Erklärung „*Eine Europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft*“¹⁰ möchten wir unsere Unterstützung für dieses Leitbild erneuern, welches das Prinzip der Marktfreiheit mit den Grundsätzen der Solidarität und den Mechanismen des sozialen Ausgleichs verbindet. Die soziale Marktwirtschaft kann in einer Welt, in der „*alles miteinander verbunden ist*“¹¹ die Basis für einen „**ganzheitlichen Zugang [bilden], um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern**“¹².

⁴ Die *2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung* ist eine globale und ganzheitliche Entwicklungsagenda, die 2015 von allen UN-Staaten beschlossen wurde. In ihrem Zentrum stehen die 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*); vgl. <http://bit.ly/1KjknOB>

⁵ Papst Johannes Paul II., *Sollicitudo rei socialis* (1987), 42, <http://bit.ly/2ds70nx>

⁶ Oswald von Nell-Breuning, *Baugesetze der Gesellschaft* (1968)

⁷ Papst Franziskus, *Verleihung des Karlspreises – Ansprache von Papst Franziskus* (2016), <http://bit.ly/28Omumf>

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. Art. 3 des Vertrages über die Europäische Union (EUV)

¹⁰ Vgl. <http://bit.ly/2dKm0PU>

¹¹ Papst Franziskus, *Laudato Si'* (2015), 91, <http://bit.ly/1FofNK1>

¹² Ebd., 139

Empfehlungen: Auf dem Weg zu einer Gemeinschaft der Solidarität und Verantwortung

- 1. Förderung einer ganzheitlichen Entwicklung.** Aus der Verwundbarkeit der Armen und der kommenden Generationen gegenüber dem Klimawandel ergibt sich eine große ethische und moralische Verantwortung.¹³ Die EU sollte daher die Einhaltung ihrer Klima- und Armutsvorgaben in der Europa-2020-Strategie strikt verfolgen und die Ziele der nachhaltigen Entwicklung (SDGs) ins Zentrum einer neuen Agenda für 2030 setzen. In dieser Hinsicht sollte zur besseren Umsetzung der Strategie das Europäische Semester soziale und ökologische Indikatoren stärker einbeziehen. Zugleich ermutigen wir die EU, auch weiterhin alternative Verbrauchs- und Produktionsstrukturen zu fördern und eine Neubewertung unseres Wertesystems und unseres Verständnisses von Entwicklung anzustreben.
- 2. Gewährleistung der politischen Kohärenz.** Gemäß Artikel 9 AEUV trägt die EU „den Erfordernissen im Zusammenhang [...] mit der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung [...] Rechnung“. Zukünftige politische Maßnahmen, insbesondere im Rahmen des Europäischen Semesters¹⁴ und im Hinblick auf eine gerechte Steuerpolitik, sollten daher so formuliert und umgesetzt werden, dass sie zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Armut beitragen.
- 3. Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen mit Sozialrechten.** Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten sicherstellen, dass die vorgeschlagene Initiative der Europäischen Säule sozialer Rechte und die Idee einer Erneuerung des sozialen Zusammenhalts auf Basis von gemeinsamen Standards so umfassend wie möglich konzipiert wird. Zudem sollte die EU die Maßnahmen durch klare Umsetzungsstrategien unterstützen, um die wachsende soziale Ungleichheit aufzuhalten.
- 4. Einsatz für angemessene Arbeitsbedingungen.** Papst Franziskus hat uns daran erinnert, Strategien zu fördern, die Arbeitsplätze schaffen und zugleich gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.¹⁵ Wir erkennen an, dass die Jugendgarantie und die Jugendbeschäftigungsstrategie geholfen haben, Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen. Gleichzeitig ermutigen wir die EU, die langfristige Wirkung der Initiativen im Auge zu behalten und die Maßnahmen mit gezielten Investitionen in die Wirtschaft der strukturschwachen Regionen zu ergänzen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten ebenfalls sicherstellen, dass den Arbeitnehmern ihre legitimen Rechte auf faire Arbeitsbedingungen und Vergütung nicht verweigert werden, „um ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu sichern“. ¹⁶ Wir empfehlen daher, dass die EU ihr Arbeitsrecht stärkt und die Umsetzung der *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* forciert.
- 5. Anerkennung der Familien als zentrale Akteure der Gesellschaft.** Kinder aus armen Familien sind erheblichen Hindernissen ausgesetzt, die sie von frühem Alter an in ihren Möglichkeiten einschränken. Wir empfehlen, einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu garantieren und Alleinerziehende wie auch arme und kinderreiche Familien gezielt zu unterstützen. Da die Familie die erste Stütze in schwierigen Situationen ist, sollte die EU ihr besondere Aufmerksamkeit widmen, deren Einheit fördern und eine familienorientierte Politik verfolgen.
- 6. Verstärkter Dialog und Zusammenarbeit.** Wir fordern die EU auf, ihren Dialog mit allen relevanten Akteuren zu verstärken. Ein solcher Dialog sollte die Kirchen und ihre Organisationen einbeziehen, aber den Armen Vorrang einräumen, die niemals als ein Problem gesehen werden sollten, sondern „in unseren Augen zu Trägern und Vorkämpfern einer neuen und menschlicheren Zukunft“¹⁷ werden können.

Zusammen können diese Maßnahmen den Wandel bringen, der für die Wiederbelebung der Idee eines zusammenwachsenden Europas notwendig ist. Wenn die Menschen und insbesondere die Armen wieder im Zentrum politischer Maßnahmen stehen, werden unsere Gesellschaften nicht nur inklusiver, sondern zugleich widerstandsfähiger gegen zukünftige Krisen sein. In der globalisierten Wirtschaft wird der ganzheitliche Ansatz zu unserem gemeinsamen Bestreben beitragen, „eine politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung zu schaffen, die immer besser im Dienst des Menschen steht und die dem Einzelnen wie den Gruppen dazu hilft, die ihnen eigene Würde zu behaupten und zu entfalten.“¹⁸

Die Bischöfe der COMECE, 12. Dezember 2016

¹³ Vgl. Papst Franziskus, *Botschaft an die Weltklimakonferenz COP22 (2016)*: <http://bit.ly/2f1EjA>

¹⁴ Das Europäische Semester ist der jährliche Zyklus zur Koordination der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der EU.

¹⁵ Papst Franziskus, *Ansprache des Heiligen Vaters an das Europaparlament (2014)*, <http://bit.ly/1Qyk49s>

¹⁶ Vgl. *Europäische Sozialcharta (überarbeitete Fassung)* (1996), Art. 4 (1)

¹⁷ Heiliger Papst Johannes Paul II., *Botschaft zur Feier des Weltfriedenstages* (2000), 14, <http://bit.ly/2fSid2h>

¹⁸ *Gaudium et Spes* (1965), 9, <http://bit.ly/RoFkSE>